



Streik gegen den Wehrdienst

dpa | Meldung vom 08.12.2025



Klasse 5

Berlin (dpa) - Nach der Schule zum Wehrdienst? Viele Jugendliche möchten das nicht. In vielen deutschen Städten sind sie deshalb auf die Straßen gegangen. Während die Jugendlichen demonstrierten, beschloss der Bundestag ein neues Gesetz zum Wehrdienst. Doch worum geht es dabei eigentlich?

Sehr viele Leute in der Politik meinen: Die Bundeswehr muss stärker und größer werden. Nur so könne sich Deutschland in Zukunft gegen Bedrohungen verteidigen und mögliche Feinde abschrecken. Die Verstärkung solle möglichst schnell gehen. Freiwillig melden sich aber zu wenige Leute für die Armee. Deswegen sollen ab nächstem Jahr alle ab Jahrgang 2008 einen Fragebogen geschickt bekommen. Männer müssen ihn ausfüllen, Frauen entscheiden selbst.



Abgefragt wird damit, ob sich jemand für die Arbeit bei der Armee interessiert und sich dafür eignen würde. Für die Männer kommt noch hinzu: Sie werden von der Bundeswehr gemustert. Die Musterung ist eine Untersuchung, bei der festgestellt wird, ob jemand fit genug ist für den Wehrdienst.

Einige Jugendliche wehren sich mit den Schulstreiks gegen die Pläne der Politikerinnen und Politiker. "Wir nutzen die Streiks, um deutlich zu machen: Wir wollen mitreden und ernst genommen werden", sagt Tilda Skerra von der Bundesschülerkonferenz. Denn viele wollen selbst entscheiden, wie es für sie nach der Schule weitergeht.

Dass der Streik während der Schulzeit stattfand, finden nicht alle gut. Manche Politikerinnen und Politiker wiesen etwa auf die Schulpflicht hin. Es gehe den Jugendlichen aber nicht darum, die Schule zu schwänzen, erklärt Tilda Skerra. Dass so viele junge Menschen auf die Straße gehen zeige, dass sie sich für ihre Zukunft interessieren. "Ein solcher Streik ist Teil politischer Bildung", sagt sie.